



Niederschrift

47. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.04.2011
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:16 Uhr
Ort, Raum:	R. 280 a, Stadthaus

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Frau Birgit Müller	DIE LINKE	
Frau Dr. Sigrid Müller	DIE LINKE	
Herr Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg	DIE LINKE	ab 17:20 Uhr
Frau Dr. Karin Schröter	DIE LINKE	ab 17:05 Uhr
Frau Hannelore Knoblich	SPD	
Herr Claus Wartenberg	SPD	
Herr Dr. Hagen Wegewitz	SPD	
Herr Peter Lehmann	CDU/ANW	
Herr Michael Schröder	CDU/ANW	

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Pete Heuer	DIE LINKE	
Herr Peter Schüler	Bündnis 90/Die Grünen	

Nicht anwesend sind:

Ausschussvorsitzender

Herr Jann Jakobs	SPD	entschuldigt
------------------	-----	--------------

Ausschussmitglieder

Herr Mike Schubert	SPD	entschuldigt
Herr Nils Naber	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Frau Martina Engel-Fürstberger	FDP	entschuldigt

Gäste:

Herr Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied bei Transparency Deutschland e.V.
Herr Exner, GB Zentrale Steuerung und Service
Frau Müller-Preinesberger, GB Soziales,
Jugend, Gesundheit, Ordnung & Umweltschutz
Herr Klipp, GB Stadtentwicklung und Bauen
Frau Krusemark, SB Recht und
Grundstücksmanagement
Frau Rademacher, Rechnungsprüfungsamt
Herrn Jetschmanegg, Büro des OBM
Schriftführerin: Frau Ziegenbein, Büro der Stadtverordnetenversammlung
Frau Hartmann, Bereich Teilnehmendenmanagement
Herr Graumann, FB Stadterneuerung- und
Denkmalpflege
Herrn Dr. Keding, AG Organisations- und
Personalentwicklung
Herr Pfefferkorn, Bereich Stadtentwicklung
/Verkehrsentwicklung

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
30. März 2011
- 3 AVUS- / Fernbahnstreckensanierung
Vorlage: 11/SVV/0133
Fraktion DIE LINKE
- 4 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 11/SVV/0152
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
- 5 Mitteilungen der Verwaltung
- 5.1 Prüfung Erweiterung Sponsoringberichterstattung auf städtische
Mehrheitsbeteiligungen
Vorlage: 11/SVV/0116
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 5.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 11/SVV/0166
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 5.3 Information zur Thematik Personalentwicklungskonzept
HA 09.02. - TOP 6 DS 11/SVV/0004
- 5.4 Bericht über die Abrechnung der Fördermittel für das Projekt Walhalla
gemäß Beschluss: 10/SVV/0712
- 5.5 Information über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses Herr Schröder eröffnet die Sitzung.

**zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung
vom 30. März 2011**

Herr Schröder stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend. Er informiert über die Abwesenheitsgründe des Oberbürgermeisters und verweist darauf, dass Herr Exner das Stimmrecht für den Oberbürgermeister wahrnehmen werde.

Zur vorliegenden Tagesordnung informiert Herr Lehmann über eine als Tischvorlage ausgereichte Stellungnahme der Fraktion CDU/ANW zum TOP 4 – Änderung der Hauptsatzung. Da diese neben der Stellungnahme des Ministeriums des Innern als Diskussionsgrundlage dienen sollte, aber für die Hauptausschussmitglieder keine Gelegenheit bestanden habe, diese zu lesen, beantragt er die Zurückstellung der Drucksache und Aufnahme in die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 27. April 2011.

Auf die Nachfrage, wer der Verfasser der Stellungnahme sei, entgegnet Herr Schröder, dass dies eine Stellungnahme der Fraktion CDU/ANW sei, in Persona von Herrn Pahnhenrich verfasst.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der 46. Sitzung des Hauptausschusses vom 30. März 2011 erheben sich keine Einwände.

**zu 3 AVUS- / Fernbahnstreckensanierung
Vorlage: 11/SVV/0133
Fraktion DIE LINKE**

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass dieser bereits im Februar in der Stadtverordnetenversammlung gestellt wurde. In der Zwischenzeit habe sich bezüglich der Sanierung eine „Menge“ ereignet, so dass nach der Information zum Sachstand über das weitere Verfahren zum Antrag entschieden werden sollte.

Herr Schröder begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Arm von der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg GmbH – Center für Nahverkehrs- und Qualitätsmanagement, der im Weiteren über die Sanierungsmaßnahmen, Streckenführungen sowie Taktzeiten der S- und Regionalbahn informiert. Er beantwortet die Nachfragen u. a. von Frau Dr. Schröter zur Verbindung Potsdam Hauptbahnhof-Berlin und den zu erwartenden Einschränkungen sowie zum Umgang mit dem täglichen Fahrgastaufkommen und von Frau B. Müller zur Streckenführung bzw. Umleitung des RE 7.

Im Ergebnis der Berichterstattung stellt Frau Dr. Schröter fest, dass - selbst wenn nicht auf alle Probleme eingegangen werden könne - das große Konfliktpotenzial im Laufe der Verhandlungen ausgeräumt wurde und der Antrag sich somit erledigt habe.

zu 4 Änderung der Hauptsatzung
Vorlage: 11/SVV/0152
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP

zurückgestellt – bis zur Sitzung des Hauptausschusses am 27.04.2011, da die Stellungnahme der Fraktion CDU/ANW als Tischvorlage ausgereicht wurde.

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

**zu 5.1 Prüfung Erweiterung Sponsoringberichterstattung auf städtische
Mehrheitsbeteiligungen**
Vorlage: 11/SVV/0116
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Gegen das von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Rederecht für Herrn Jochen Bäumel, Vorstandsmitglied bei Transparency Deutschland e.V., erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Bäumel erläutert in seinen Ausführungen den Begriff des Sponsoring, dessen Ziele und Grundsätze. Er nimmt Stellung zu den in der Mitteilungsvorlage aufgeführten Bedenken gegenüber Sponsoringberichterstattungen und erläutert die Unterschiede zwischen Sponsoring und Werbung sowie aktivem und passivem Sponsoring.

In der sich anschließenden Diskussion betont Herr Schüler, dass auch er der Auffassung sei, dass Sponsoring nicht vertraulich sein könne und es schon deshalb nicht funktioniere, weil man mit Sponsoring öffentlich in Erscheinung treten wolle, so dass er Auffassungen in dieser Richtung als „abstrus“ empfinde. Er spricht sich dafür aus, dass aus Gebühren erzielten Einnahmen kein Sponsoring getätigt werden dürfe. Die Stadtverordnetenversammlung lege die Gebühren fest und dafür benötige sie die Offenlegung der Unternehmen. Frau Dr. Schröter führt an, dass sie die Entgegnung der Verwaltung auf die Darstellung der Bedenken der Unternehmen besonders interessiere. Daraufhin erläutert Frau Hartmann die Mitteilungsvorlage und betont, dass damit keine grundsätzliche Ablehnung vermittelt und diese als Zwischenbericht verstanden werden solle. Darüber hinaus gebe es diesbezüglich auch keinen intransparenten Prozess, da auch Stadtverordnete Mitglieder der Aufsichtsräte seien. Sie schlage vor, die Geschäftsführer der städtischen Unternehmen nochmals zu hören und die Diskussion dazu auf Arbeitsebene in der Verwaltung zu führen.

Herr Heuer betont in seinen Ausführungen, dass ein Sponsoring aus Gebühren ausgeschlossen sei und damit auch nicht in der Kalkulation der Gebühren enthalten sein dürfe. Von Sponsoring könne man nicht sprechen, wenn es nicht öffentlich erfolge.

Herr Schüler führt aus, dass die Gegenleistung des Sponsoring die öffentliche Würdigung sei – treffe das nicht zu, handele es sich um etwas anderes als um Sponsoring. Bezüglich der Gebühren wolle er nicht unterstellen, dass daraus gesponsert werde, aber er könne es auch nicht ausschließen, weil er es eben nicht genau wisse. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Prüfung lehne er ab, weil dies viel zu lange dauere.

Frau Dr. Müller sieht sich in ihrer Annahme bestätigt, dass die Verwaltung auf das Prinzip der Freiwilligkeit baue. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Verfahren sei zu „weich“ und nach ihrer Meinung sei ein zielorientiertes Verhandeln erforderlich mit dem Ziel, entsprechende Vereinbarungen zu treffen.

Herr Schröder stellt fest, dass es weiteren Verständigungsbedarf gebe und schlägt vor, die Geschäftsführer, die Sponsoring empfangen und leisten, in den nicht öffentlichen Teil einer Hauptausschusssitzung einzuladen und dazu zu hören, weil das dem weiteren Meinungsbildungsprozess diene.

Dieser Verfahrensvorschlag wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

zu 5.2 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Vorlage: 11/SVV/0166

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Klipp bringt die Vorlage ein. In der sich anschließenden Diskussion fragt Frau Dr. Müller nach dem Grund dafür, dass die Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit in diesem Bericht nicht enthalten sei. Der Oberbürgermeister habe ihre dementsprechende Nachfrage in der Stadtverordnetenversammlung, ob die bisher getroffene Vereinbarung mit dem Entwicklungsträger Bornstedter Feld weiteren Bestand habe, bejaht. Herr Klipp entgegnet, dass in diesem Bericht die wichtigsten Maßnahmen enthalten seien, was auch für das Bornstedter Feld zutreffe. Auch wenn die genannte Einrichtung nicht explizit aufgeführt sei, gehe er von dem Bestand der Vereinbarung aus.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach dem aktuellen Sachstand zum Ausstellungs- und Informationszentrum und einem realistischen Umsetzungs-termin, denn die Entwicklung der Stadt laufe jetzt und werde nicht dokumentiert. Dies, so Herr Klipp, treffe nicht zu, weil trotzdem fotografiert und dokumentiert werde. Auch er bedauere den Zustand des Informationszentrums im Bahnhofcenter und die nicht gegebene Möglichkeit, das Stadtmodell zu aktualisieren. Aber es sei weder eine Stelle noch Geld für diese Dinge vorhanden. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum Hubschrauberlandeplatz und der Ansiedlung des Bundespolizeipräsidiums antwortet er, dass es diesbezüglich keinen neuen Sachstand gebe. Bezüglich der Nachfrage zum SAN-P 15 und der Ansiedlung eines großen Textilfilialisten verweist Herr Klipp darauf, dass dies weiter verfolgt werde und sich in Abstimmung mit dem Investor befinde. Da sich Änderungen ergeben haben, werde eine entsprechende Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung eingereicht. Bezüglich der Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass sich die Bedingungen zum Freizeitbad schnell geändert haben und der in der Vorlage genannte Termin des Baubeginns in 2011 nicht mehr stimme, verweist Herr Klipp auf die Vorlaufzeit der Mitteilungsvorlage. Aus diesem Grund konnten aktuelle Entwicklungen nicht mehr berücksichtigt werden; diese seien im nächsten Bericht anzupassen. Die Frage von Herrn Dr. Scharfenberg nach den Chancen, ein Quartiersmanagement in den Neubaugebieten anzusiedeln, beantwortet ebenfalls Herr Klipp und verweist in seinen Ausführungen darauf, dass nicht die Einwohnerzahlen, sondern bestimmte soziale Kriterien dafür entscheidend seien. Diese liegen in der Waldstadt II zum Glück nicht vor und würden eher die Wohngebiete Schlaatz und Drewitz betreffen. Auf die Frage, was gegenwärtig bezüglich des Entwicklungskonzeptes Schlaatz und dessen Überarbeitung passiere, antwortet Herr Klipp, dass das überarbeitete Konzept im Stadtteilrat abgestimmt sei und nach Ostern vorliegen werde.

Herr Wartenberg merkt kritisch an, dass der Potsdamer Norden gar nicht in dem Bericht „auftauche“, obwohl mit der Entwicklung der Flächen „Kramnitz“ einem

großflächigen Handel in Groß Glienicke und dem Wohnungsbauvorhaben in Marquardt mehrere große Vorhaben anstehen. Die Entwicklung der Flächen „Kramnitz“, so Herr Klipp, werde in den nächsten Bericht aufgenommen; die anderen Themen hätten keine so große Bedeutung, als dass sie in den Bericht zur Stadtentwicklung aufgenommen werden.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 5.3 Information zur Thematik Personalentwicklungskonzept
HA 09.02. - TOP 6 DS 11/SVV/0004

Herr Dr. Keding erläutert an Hand visueller Darstellung, die der Niederschrift als Anlage beigefügt ist, den derzeitigen Stand der Erarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes. Er geht dabei auf bisher erarbeitete konzeptionelle Ansätze ein, wie die mögliche Gliederung eines Personalentwicklungskonzeptes, Strategien und Ziele, Rahmenbedingungen sowie dem Personalentwicklungskonzept als Führungsaufgabe, Gegenstand von Kontrakten und dazu ausgewählten Instrumenten. Die Personalentwicklungsplanung, deren Bedarfe und Ressourcen sind ebenfalls Inhalt seiner Ausführungen.

Im Weiteren beantwortet Herr Dr. Keding Nachfragen, so von Frau Dr. Schröter zu Gründen der Fluktuation und den Formen der Ermittlung von Bedarfen, von Herrn Dr. Scharfenberg nach dem Anteil der Stellenbesetzungen durch eigene Personalentwicklung bzw. durch Ausschreibung und der Zeitschiene für die Umsetzung dieses anspruchsvollen Konzeptes. Laut Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, so Herr Exner, solle das Personalentwicklungskonzept im November vorgelegt werden und auf diese Zielstellung werde hingearbeitet.

Auf die Anmerkung von Frau Dr. Müller, dass die Ermittlung der Bedarfe nach wie vor ungeklärt sei und die Nachfrage, ob es über ein Leitbild und die Ziele zur Entwicklung der Stadt diesbezügliche Überlegungen z. B. für die nächsten 5 Jahre gebe, erläutert Frau Müller-Preinesberger ihre Sicht als Geschäftsbereichsleiterin.

Herr Exner verweist auf eine in den letzten Wochen vorgenommene Bewertung durch die Beigeordneten, was in den nächsten Jahren als „wichtig“ und was als „weniger wichtig“ zu entwickeln sei. Das werde auch im Hause so kommuniziert und mit den Mitteln der Zielvereinbarungen und Leistungsentgeltzahlungen unterstützt.

Frau Dr. Müller schlägt vor, dem im November auszureichenden Personalentwicklungskonzept die Hauptpunkte voranzustellen, in denen der Oberbürgermeister die Entwicklung der Stadt sieht. Herr Exner sagt zu, diesen Hinweis mitzunehmen, verweist aber gleichzeitig darauf, dass das eigentlich nicht zum Personalentwicklungskonzept gehöre.

zu 5.4 Bericht über die Abrechnung der Fördermittel für das Projekt Walhalla gemäß Beschluss: 10/SVV/0712

Frau Rademacher informiert, dass das Rechnungsprüfungsamt noch nichts zu „vermelden“ habe, denn mit der Prüfung konnte noch nicht begonnen werden. Auf entsprechende Nachfrage bezüglich der Zeitschiene verweist sie darauf, dass das von der Vorlage der Verwendungsnachweise abhängt. Sie empfehle, den Bericht frühestens im Mai bzw. nach einem entsprechenden Signal aus dem Rechnungsprüfungsamt wieder aufzurufen.

Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

zu 5.5 Information über die Beratung des Oberbürgermeisters mit den Ortsvorstehern

Herr Jetschmanegg informiert, dass im Vorfeld dieser Beratung ein Treffen mit 2 Ortsvorstehern stattgefunden habe, um die Frage zu diskutieren, ob die regelmäßigen Treffen mit dem Oberbürgermeister in der jetzigen Form Sinn machen und wie man diese evtl. attraktiver gestalten könne. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass diese monatliche Runde richtig und wichtig sei, aber durchaus weiterentwickelt werden könne. So werde es eine Liste mit immer wieder auftretenden Problemen, wie z. B. den Winterdienst geben, die als Grundlage für jede Zusammenkunft diene. Im Weiteren sei eine „Reihum-Berichterstattung“ der Beigeordneten verabredet worden, in der zu relevanten, die Ortsteile betreffenden Dingen informiert werde. Im Mai werde Herr Klipp aus seinem Geschäftsbereich berichten. Außerdem sollen in jedem Jahr zwei Ortsteile besucht werden, um z. B. besonders gut oder schlecht gelaufene Projekte zu besichtigen.

Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter welche Themen sich auf der genannten Liste befinden, entgegnet Herr Jetschmanegg, dass die Themen gesammelt wurden und sich u. a. auf die Schulentwicklung im Potsdamer Norden, Standorte des Einzelhandelskonzeptes, die Sachaufwendungen für die Ortsteile sowie die Bauordnung und Baugenehmigungen beziehen.

Herr Schröder dankt Herrn Jetschmanegg für die Berichterstattung und da dies die letzte Sitzung sei, an der er teilnehme, auch für die Unterstützung der Arbeit des Hauptausschusses.

zu 6 Sonstiges

Bezüglich der Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg zum Antrag auf Einberufung einer **Einwohnerversammlung in Fahrland** (Thematik „Tierheim“), antwortet Frau Müller-Preinesberger, dass nach Prüfung die gesammelten Unterschriften dafür ausreichend seien und die Einwohnerversammlung in Abstimmung mit dem Ortsbeirat vorbereitet werde.

Auf seine Nachfrage bezüglich der **Ladenöffnungszeiten** und den bereits gelaufenen Gesprächen zwischen Vertretern des Landes, der Stadt, der Kirche und der Gewerkschaft antwortet sie, dass ihr Geschäftsbereich zwar für die Kontrolle der Einhaltung der Ladenöffnungszeiten verantwortlich sei, aber nicht für die Änderung der entsprechenden Gesetzlichkeit. Diesbezüglich werde es morgen ein Gespräch auf Arbeitsebene gebe und sie wisse von einem Gespräch zwischen dem Oberbürgermeister und dem zuständigen Minister. In den Gesprächen müsse ausgelotet werden, welche Stellschrauben es diesbezüglich gebe und erst danach könne berichtet werden.

Auf den Hinweis von Herrn Dr. Scharfenberg Bezug nehmend, dass erst über die Information in der Landesstatistik eine **erhöhte Gewerbesteuererinnahme** bekannt geworden sei, erklärt Herr Exner, dass die bisher von ihm genannten Zahlen auch so bleiben und es nichts Neues zu berichten gebe. Auf Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg sagt er zu, diese Zahlen als Information an die Fraktion weiterzugeben.

Mit der **Eröffnung des Frühlingsfestes**, so Herr Dr. Scharfenberg weiter, sei die jährlich wiederkehrende Frage erneut gestellt worden, wie die **Pachtsituation** stabilisiert werden könne. Jedes Jahr gebe es seitens der Schausteller entsprechende Anfragen an die Fraktionen, so dass er für eine Entscheidung in der StVV zur Festschreibung der Pacht plädiere. Herr Klipp informiert über eine bereits am 07. Januar dieses Jahres erzielte Vereinbarung mit den Schaustellern. Er betont, dass ihm keine Beschwerden oder andere Dinge bekannt seien, die diesen Konsens in Frage stellen. Herr Exner verweist seinerseits darauf, dass es sich hier um eine gewerbliche Veranstaltung handle und es scheinbar zum jährlichen Ritual gehöre, über die Pachtpreise zu „sinieren“.

Die Frage, wie es mit dem **Archiv e. V.** weitergehe und die unterschiedlichen Kostenhöhen auf eine solide Grundlage gestellt werden können, wolle sie mitnehmen, so Frau Müller-Preinesberger und vom Geschäftsbereich Bildung, Kultur und Sport beantworten lassen.

Der Vorschlag von Frau Dr. Müller, darüber in der nächsten Hauptausschusssitzung im Rahmen eines „ordentlichen“ Tagesordnungspunktes zu informieren, findet die Zustimmung der Hauptausschussmitglieder. In diesem Rahmen solle auch die Frage beantwortet werden, welchen Status die Unterlagen des Archiv e.V. haben und ob es Sinn mache, die Planungen zu wiederholen, um die Kosten zu untersetzen, denn das wurde bereits durch den Verein vorgelegt.

Anlagen:

Power Point Präsentation „Personalentwicklungskonzept der Landeshauptstadt Potsdam